

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,  
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 17.10.2013**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 16:32 Uhr bis 18:30 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis



## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, begrüßte die Mitglieder und Gäste, vor allem die Auszubildenden der Stadtverwaltung.

Anschließend informierte sie darüber, dass der Liga-Vorsitz von Herrn Prestele ab 1.9.2013 an Frau Schubert, Geschäftsführerin des DRK-Kreisverbandes Halle-Saalkreis-Mansfelder Land e. V. gegangen sei. Frau Schubert ist jedoch langzeiterkrankt und wird nun von Frau Plättner, Arbeiterwohlfahrt, vertreten werden, welche jedoch heute auch nicht anwesend sei.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, informierte darüber, dass es keinen Bericht des Jobcenters geben wird. Da die Sitzung am 14.11.2013 fast ausschließlich der 2. Haushaltslesung vorbehalten sein soll, wird der nächste Bericht des Jobcenters in der Sitzung am 28.11.2013 erfolgen. Außerdem bat **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, TOP 4.1. nicht zu behandeln und abzusetzen. In der nächsten Sitzung soll hierzu eine Information unter TOP „Mitteilungen“ erfolgen. **Frau Hanna Haupt, SPD-Fraktion**, stimmte zu, da die Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen noch nie als Beschlussvorlage im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss war, sondern nur im Jugendhilfeausschuss beschlossen wurde.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, bat um Abstimmung zur somit geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 12.9.2013
4. Beschlussvorlagen
  - 4.1. Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan 2013  
Vorlage: V/2013/12025
  - 4.2. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012  
Vorlage: V/2013/12027
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

7. Mitteilungen
- 7.1. Themenspeicher
  
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
  
9. Anregungen

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 12.9.2013**

**Herr Eigendorf, sachkundiger Einwohner SPD-Fraktion**, bat um Richtigstellung seines Namens auf Seite 9 unter TOP 13.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, bat um Abstimmung des so geänderten Protokolls.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

### **zu 4 Beschlussvorlagen**

#### **zu 4.1. Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan 2013 Vorlage: V/2013/12025**

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, sagte, dass von den drei Bereichen, die diesen Ausschuss betreffen, hier nur der Fachbereich Soziales im Nachtragshaushalt verzeichnet ist.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, stellte **Herrn Möller, Referent**, als Vertreter für **Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte**, vor.  
Anschließend erteilte sie **Herrn Baus, Fachbereichsleiter Soziales**, das Wort.

**Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales**, informierte anhand einer Power-Point-Präsentation (PPP) über die zwei Produkte des FB Soziales, die vom Nachtragshaushalt betroffen sind:

1. Leistungen nach dem SGB II – hier: Kosten der Unterkunft, Steigerung um 1 Mio. € (70,9 Mio. Plan 2013) auf 71,9 Mio €. Der Bund beteiligt sich mit 26,4 % an den tatsächlichen Kosten der KdU, rund 120.000 € können innerhalb der Produkte gedeckt werden, so dass im Nachtrag 600.000 € netto ausgewiesen sind.
  
2. Hilfe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz – Mehrausgaben aufgrund steigender Fallzahlen (ca. 400 T€).

Das Land hat hier einen Ausgleich in Höhe von 560.000 € zur Verfügung gestellt.  
Er verwies im Einzelnen auf die Ausführungen von Herrn Beigeordneten Kogge im letzten Ausschuss zum Thema Asylbewerber.

Nach diesen Ausführungen fragte **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, die sachkundigen Einwohner, ob sie ein Votum abgeben können.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

Danach bat **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, um die Abstimmung der Stadträte.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die Nachtragshaushaltssatzung 2013 und den Nachtragshaushaltsplan 2013

**zu 4.3 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012**  
**Vorlage: V/2013/12027**

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, schlug folgendes Verfahren für die 1. Lesung vor: Begonnen werden sollte seitenweise mit dem Bereich Gleichstellung, dann FB Gesundheit, dann FB Soziales. Innerhalb der Bereiche wird begonnen mit der Präsentation, dann Stellenplan gefolgt vom eigentlichen Haushaltsteil. Die Ausschussmitglieder stimmten dem Vorschlag zu.

Der Beschluss soll erst in der nächsten Sitzung gefasst werden, dazu bat **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, Anträge vorher einzureichen.

**FB Gleichstellung**

S. 1262 – **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, fragte nach der KW-Setzung der Mitarbeiterin im Büro der Gleichstellungsbeauftragten. Aus ihrer Sicht könnte hier die Arbeitsfähigkeit gefährdet sein. **Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, möchte in diesem Zusammenhang wissen, warum hier eine zweite Stelle notwendig ist, da bei den anderen Beauftragten der Stadt keine zweite Stelle vorgesehen ist. Die Frage wird von der Verwaltung schriftlich beantwortet

S. 118/119 – **Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, fragte, weshalb in Zeile 12 (Aufwendung für Sach- und Dienstleistungen) eine Reduzierung verzeichnet ist. Was verbirgt sich dahinter? **Der Ausschuss und die Verwaltung** verständigten sich darauf, diese Frage generell für alle Produkte des GB IV + Gleichstellung zu prüfen und zu beantworten, da sich dies in allen Produkten widerspiegelt. An dieser Stelle handelt es sich um die Aufwendungen für den neuen FB Immobilienmanagement. Hier muss der nachvollziehbare Vergleich zum bisherigen Serviceentgelt des EB ZGM hergestellt werden.

S. 120 – 126 - keine Fragen

**FB Gesundheit**

**Frau Dr. Gröger, Fachbereichsleiterin Gesundheit**, führte mit einer PPP in den Haushaltsentwurf 2014 des FB Gesundheit ein. Sie machte darauf aufmerksam, dass derzeit vier Stellen nicht besetzt sind und zusätzliche Aufgaben durch das neue Betreuungsgesetz auf den FB zukommen. Hier wird noch ein korrigierter Stellenbedarf zu erwarten sein. Der FB hat 10 % Sachkosten (SK) und 90 % Personalkosten (PK).

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, fragte nach der Beteiligung der Krankenkassen an den Kosten der Stadt.

**Frau Dr. Gröger, Fachbereichsleiterin Gesundheit**, verneinte dies mit Hinweis auf die Vorgaben für den öffentlichen Gesundheitsdienst.

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, fragte weiterhin nach den Zahnrettungsboxen.

**Frau Dr. Gröger, Fachbereichsleiterin Gesundheit**, wies darauf hin, dass die Boxen ca. 5 Jahren nutzungsfähig sind. Um Kosten zu sparen, wird auf die Mithilfe der Eltern gesetzt.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, fragte nach der offenen Stelle im Bereich Lebensmittelüberwachung (Vergleich 2013 - 2014) und ob Einnahmen aus Bußgeldern durch Hygienestrafen bestehen.

**Frau Dr. Gröger, Fachbereichsleiterin Gesundheit**, bejahte die Einnahme von Bußgeldern und klärte auf, dass die Stelle im Lebensmittelüberwachungsbereich auch 2013 bestand und deshalb hier keine Erhöhung im Ansatz 2014 zu sehen ist, da dies eine Bestandsstelle ist.

S. 1301 – **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, fragte nach den KU–Vermerken (KU = künftig umzuwandeln). Sie erläuterte, dass KU immer bedeute, dass bei Neubesetzung eine Gehaltsstufe heruntergestuft wird. Weiterhin fragte sie nach der KW-Setzung des Schuluntersuchungsarztes und der Sozialarbeiterin Behindertenberatung.

**Frau Dr. Gröger, Fachbereichsleiterin Gesundheit**, erläuterte, dass es bei einer Umsetzung der KW-Setzung zu einer Leistungsreduzierung (¼ weniger Kinderuntersuchungen bei 22.000 Kindern) oder Fremdvergabe komme, wobei hier ein erheblicher Kosten- und Organisationsaufwand anfallen. Zur Sozialarbeiterin Behindertenberatung erläuterte sie, dass bei Umsetzung der KW-Stelle keine aufsuchende Tätigkeit mehr stattfinden kann.

**Herr Dr. Fischer, Behindertenbeauftragter**, teilte mit, dass in diesem Bereich seit Jahren ein massiver Leistungsabbau stattgefunden hat. Hier könnte nur der Allgemeine Soziale Dienst (ASD) diese Aufgabe mit übernehmen oder das Dienstleistungszentrum Familie. Eine ersatzlose Streichung der Leistung ist nicht möglich.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, verwies auf die übergreifenden Aufgaben des ASD. Weiterhin machte er deutlich, dass entsprechende Stellenanteile für diesen Bereich mit der Zuordnung der Beauftragten zum OB-Bereich aus dem GB IV mit herausgegeben wurden. Stellenreduzierung bedeutet eben auch Standardsenkung.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, fragte nach dem ihm bekannten Aufgabenzuwachs z. B. für den Behindertenbeauftragten. Wie verträgt sich dies mit dem Abbau von Stellen? Der Standard von Bundesgesetzen muss eingehalten werden!

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, erläuterte, dass der GB IV den Spagat zwischen Stellenabbau zur notwendigen Haushaltskonsolidierung und der Aufrechterhaltung/Anpassung von Standards vollziehen muss.

S. 1013 – 19 - keine Fragen

S. 1020/21 – **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, verwies auf die Erläuterung zur KW-Setzung des Kinderzahnarztes.

S. 1022/23 – zur 2. Lesung werden neue Zahlen nachgereicht

S. 1024 – 28 – keine Fragen

S. 1029/30 – **Frau Dr. Gröger, Fachbereichsleiterin Gesundheit**, verwies noch einmal darauf, dass hier mögliche Mehrausgaben auf Grund des neuen Betreuungsgesetzes anstehen könnten.

S. 1031 – 42 – keine Fragen

### FB Soziales

**Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales**, führte mit einer PPP in den Haushaltsentwurf 2014 des FB Soziales ein. Hauptposten sind die Produkte für die Grundsicherung, Kosten der Unterkunft, Asylbewerberleistungsgesetz. Am Beispiel der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erläuterte Herr Baus die Auswirkungen der Bundesgesetzgebung auf seinen Fachbereich. Bei Erhöhung oder Senkung des Bundesanteils können dies Mehr- oder Mindereinnahmen in Millionenhöhe bedeuten. Das kann sehr schnell jegliche Konsolidierungsanstrengungen entweder befördern oder konterkarieren. Größter Ausgabeposten des FB Soziales mit über 70 % bleiben die Kosten der Unterkunft.

S. 1260 – keine Fragen

S. 1296/97 – **Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, fragte nach dem Grund der häufig auftretenden Senkung von E-9-Stellen auf E-8-Stellen im FB Soziales.

**Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales**, erläuterte, dass dies immer ein gewisser Streitpunkt ist, welche Bewertung die Stelle konkret hat. Dies (ob E 8 oder E 9) wird immer am konkreten Aufgabenbestand festgelegt werden. Hier bestehe kein Automatismus der Absenkung.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, fragte nach den KW-Setzungen bei den Stellen zur Bearbeitung des Bildungs- und Teilhabepaktes (BuT) und der Teamleiterin Hilfe zur Pflege.

**Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales**, erläuterte, dass der Fortbestand von „BuT“ ein politisch umstrittenes Thema ist. Die Stellen fallen nur weg, wenn die Aufgaben aus „BuT“ durch Änderung der Bundesgesetzgebung wegfallen. Die Frage zur Teamleiterin Hilfe zur Pflege wird schriftlich beantwortet.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, fragte nach den KW-Setzungen der 4 Stellen aus dem Haus der Wohnhilfe.

**Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales**, antwortete, dass ein Wegfall nur stattfinden kann, wenn eine Übertragung der Aufgabe an einen Dritten möglich ist.

**Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion**, erkundigte sich nach der KW-Setzung der Stelle Sachbearbeiterin (SB) Grundsicherung im Alter.

**Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales**, verwies auf eine Organisationsuntersuchung aus dem letzten Jahr. Hier wurde normiert, dass in dem Bereich Grundsicherung im Alter ab 2013 ein Stellenzuwachs von einer Stelle pro Jahr nötig ist. Dies wurde nicht umgesetzt.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, fragte nach der KW-Setzung SB Wohngeld, SB Krankenhilfe und SB Eingliederungshilfe. Hier bestehen steigende Fallzahlen. Wie erklärt die Verwaltung diesen Widerspruch?

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, verwies darauf, dass dies rechtlich möglich ist, aber hier natürlich Standardabsenkungen erfolgen werden.

S. 1302 – **Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, verwies auf die KW-Setzung von 2 Stellen im Bereich Sozialplanung. Die Stelle Führungsunterstützer ist bereits unbesetzt.

S. 794/95 – **Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, verwies darauf, dass die Beigeordnetenbüros bisher beim Oberbürgermeister abgebildet waren. Jetzt erfolgt Ausweisung beim jeweiligen GB. Im GB IV verwaltet der FB Soziales die Kosten des Beigeordnetenbüros

S. 968 – keine Fragen

S. 972 – 982 – keine Fragen

S. 984 – **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, fragte nach, ob die Kosten der Unterkunft auskömmlich geplant sind.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, antwortete, dass die Trägerversammlung des Jobcenters davon ausgeht, dass dieser Ansatz ausreicht. Die Stadt ist hier aber von der Bundesgesetzgebung (z. B. Eingliederungsprogramme) abhängig.

S. 986 – **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, verwies darauf, dass die Schulsozialarbeit ab 2014 ausläuft.

**Frau Simon, Controllerin des GB IV**, erläuterte, dass die Finanzierung 2013 ausläuft, aber aus dem Jahr 2011/12 noch Gelder zur Verfügung stehen und somit die Schulsozialarbeit bis 2015 weiterlaufen kann. Hier gibt es aber nach der Bundestagswahl weitere Diskussionen über die weitere Zukunft der Schulsozialarbeit.

S. 988 – **Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, fragte nach dem Inhalt des „Haus der Jugend“.

**Herr Godenrath, Koordinator Jugendintegration**, erläuterte, dass es sich hier um ein Konzept der Zusammenführung des U-25-Bereiches des Jobcenters, der Berufsberatung der Arbeitsagentur und der flankierenden kommunalen Leistungen (z. B. Schuldnerberatung) an einem Ort handelt. Es gehe um das Konzept von Leistungen für Jugendliche an einem Ort. Aktuell wird über die Finanzierung über ESF-Fördermittel und die räumliche Verortung verhandelt.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, fragte nach der Absenkung der Personalkosten im Vergleich 2013 zu 2014.

**Herr Godenrath, Koordinator Jugendintegration**, antwortete, dass dies sich in dem Wechsel von Personen auf dieser Stelle begründet.

S. 990 – 994 – keine Fragen

S. 995 – **Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, fragte nach den Kürzungen von 100 T€ im Bereich der Zuschüsse an freie Träger.

**Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales**, erläuterte, dass 2013 insgesamt 350 T€ zur Verfügung standen. Bisher wurden davon 280 T€ verbraucht. Aktuell liegen noch zwei Anträge der Drogenberatungsstelle (DROBS) (4.000 €) und des Landesverbandes der Volkssolidarität für die Begegnungsstätte am Fohlenweg (11.000 €). Zum Antrag der DROBS erläuterte er, dass der ursprüngliche Antrag noch 196.000 € gewesen ist. Davon sind 189.000 € bereits bewilligt worden. Die DROBS hat entsprechend nachgebessert, so dass aus seiner Sicht nichts gegen die weitere Auszahlung von 4.000 € spricht.

Beim Fohlenweg handelt es sich um eine Begegnungsstätte. Gefördert wird hier die Miete. Hier wird der Fachbereich gerne fördern.

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, unterstützte ausdrücklich den Antrag der DROBS, diese leisten gerade im Hinblick auf die neuen Drogen „gute Arbeit“.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, machte deutlich, dass sie die Kürzung im Bereich der freiwilligen Leistungen sehr kritisch sieht.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, ergänzte, dass sich beim IST 2013 die vorläufige Haushaltsführung bemerkbar macht. Somit musste der Ansatz 2014 in Richtung des IST 2013 normiert werden.

S. 997 – keine Fragen

S. 1000 – **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, fragte nach dem Halle-Pass.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, antwortete, dass die Ausstellung des Halle-Passes erhalten bleiben soll. Finanzielle Zuschüsse für mögliche Ermäßigungen durch den Halle-Pass sollen zukünftig nicht mehr ersetzt werden. So hat z. B. die Bäder-GmbH den Halle-Pass als Ermäßigungsberechtigung anerkannt, ohne dass dafür Zuschüsse der Stadt Halle gefordert werden. Einzig was bleibt, ist der Behindertenfahrdienst. Im Haushaltsplan sind hier nur noch 25.000 € vorgesehen. Wenn der Halle-Pass (G) für Schwerbehinderte ausläuft, wird kein Zuschuss mehr für private Fahrten gewährt.

**Herr Dr. Fischer, Behindertenbeauftragter**, machte darauf aufmerksam, dass die 16 € Fahrtkostenzuschuss pro Monat generell ein, im Vergleich auch mit anderen Städten, niedriger Zuschuss gewesen sind. Die Barrierefreiheit des ÖPNV in Halle besteht nur zu 50 %. Das heißt, dass zukünftig noch mehr Personen in der Mobilität eingeschränkt sein werden.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, machte deutlich, dass er an der Kürzung festhält. Er betonte das verbesserte Angebot der HAVAG sowie die allgemeine Haushaltslage der Stadt. Nicht alles, was wünschenswert ist, kann finanziert werden.

S. 1002 – **Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, machte darauf aufmerksam, dass es keine Zivildienstleistenden mehr gibt.

S. 1004 – **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, fragte nach dem Haushaltsansatz, der bei null liegt.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, antwortete, dass diese Struktureinheiten nicht mehr besteht.

S. 1006 – 1013 – keine Fragen

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, fasste am Ende der Haushaltsdiskussion die drei offenen Fragen zusammen:

1. allgemein zu Zeile 12 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen –
2. Stellenplan FB 50 Teamleiter Hilfe zur Pflege kw-Vermerk
3. Stellenplan Gleichstellung – 2. Stelle erforderlich?

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, bat darum, eine Frage noch anfügen. Er erkundigte sich noch einmal nach dem Haus der Wohnhilfe. Die KW-Setzung heißt doch nicht, dass bei einer Übertragung an einen Dritten die Personen auch weg sind, sondern dass diese dann woanders in der Verwaltung eingesetzt werden. Wie werden denn dann die Stellen gespart?

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, erläuterte, dass diese Stelle z. B. bei Erreichen der Altersteilzeit oder einer Wegbewerbung von der Stelle wegfällt. KW-Setzung heißt nicht, dass die Stellen 2014 alle wegfallen.

**Abstimmungsergebnis:**

**vertagt  
1. Lesung**

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2014 mit dem Haushaltsplan 2014.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2012 zur Kenntnis.

**zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

**zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

**zu 7 Mitteilungen**

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, wies noch einmal auf die beiden Anträge hin, die **Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales**, in puncto freiwillige Leistungen erläutert hatte.

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, sagte, dass grundsätzlich der Ausschuss über die Vergabe der freiwilligen Mittel an die Träger zu entscheiden hat. Allerdings sei ihr auch klar, dass, wenn die Verwaltung das Geld jetzt nicht auszahle, das Geld für die Träger verloren ist. Aufgrund der Dringlichkeit sollten die Gelder ausgezahlt werden.

#### **zu 7.1 Themenspeicher**

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, sprach an, dass der aktualisierte Themenspeicher heute vorgelegt wurde. Hier könnte noch etwas von der zweiten November-Sitzung in den Januar geschoben werden. Eine weitere Planung sei nur bis Mai (Kommunalwahl) möglich.

#### **zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen**

Es gab keine mündlichen Anfragen.

#### **zu 9 Anregungen**

**Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, regte an, im Wappensaal für genügend Steckdosen am Tisch zu sorgen, z. B. für Laptops.

Für die Richtigkeit:

Datum: 13.11.13

---

Tobias Kogge  
Beigeordneter für Bildung und Soziales

---

Ute Haupt  
Ausschussvorsitzende

---

Martina Kerner  
Protokollführerin

---

Thomas Godenrath  
Protokollführer